



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock  
Rathausstraße 2  
33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Fraktionsvorsitzender:  
Thorsten Baumgart, Johanna-Kirchner-Weg 4a, 33758 SHS  
Tel.: 0175/2011235  
Mail: baumgart-shs@web.de

An den Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock  
Herrn Bürgermeister Erichlandwehr

24. November 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Die FDP-Fraktion beantragt,

der Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock möge folgende Resolution an die NRW-Landesregierung weiterleiten:

### **KEINE ERHÖHUNG DER GRUNDERWERBSTEUER**

In unserer Stadt herrscht eine anhaltend große Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken, sowie nach Eigentumswohnungen. Insbesondere junge Familien haben Interesse daran, in Eigentum und somit in die eigene Zukunft zu investieren. Als Stadt unterstützen wir diese jungen Familien bei Ihren Planungen durch die Bereitstellung günstiger Wohnbaugrundstücke.

Mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1,5 % auf dann 6,5 % werden die Hürden zur Erlangung von Wohneigentum erhöht. Das halten wir im höchsten Maße für unsozial und ungerecht.

Bei einem angenommenen Immobilienkaufpreis von 250.000 € liegt die Grunderwerbsteuer aktuell bei 12.500 €. Damit profitiert der Landeshaushalt bereits heute mit einer sehr hohen Summe von der Verwirklichung privater Lebensträumen. Durch die Erhöhung würde ab 2015 ein Betrag von 16.250 € anfallen.

Mit 5 % befindet sich das Land NRW bereits unter den Bundesländern mit den höchsten Grunderwerbsteuersätzen. Mit 6,5 % wird NRW gemeinsam mit dem ebenfalls rot-grün regierten Schleswig-Holstein trauriger Spitzenreiter in diesem Bereich sein.

Deswegen erklären wir als Stadtrat:

1. Der Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock lehnt die von der Landesregierung zum 01. Januar 2015 geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab.
2. Bereits vor drei Jahren hat die rot-grüne Landesregierung die Grunderwerbsteuer von seinerzeit 3,5 % auf 5 % erhöht. Damit ist eine „Schmerzgrenze“ deutlich erreicht.
3. Wir fordern die Landesregierung auf, von dieser Planung abzurücken und die angekündigte Erhöhung zu Anfang 2015 nicht durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Baumgart